

2. August 1971

Notiz an Herrn Minister BühlerBetr. OAU - Besuch

Im Anschluss an Ihre Notiz vom 12. Juli und an unser Gespräch diktiere ich wie gewünscht die wichtigsten Punkte, die m.E. geprüft werden sollten im Hinblick auf ihren allfälligen Einschluss in die schweizerischerseits bei diesem Anlass zu machenden Darlegungen:

- Uebereinstimmung im Prinzip
1. Man könnte m.E. dadurch beginnen, dass man gegenüber unsern Besuchern von vornherein betont, dass die Schweiz für die Menschenrechte und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt und dass aus diesem Grunde die Zielsetzung, welche von unserer Besuchermission verfolgt wird, mit den Grundsätzen unseres Landes und unserer Regierung übereinstimmen.

Um dies ohne "Erröten" sagen zu können, müsste man allerdings abklären, warum die Schweiz die Konvention gegen den Rassismus bisher nicht unterzeichnet hat. Es wäre von den zuständigen Departementen herauszufinden, ob es wirklich triftige Gründe sind, die uns bisher davon abgehalten haben. Wenn es sich ergeben sollte, dass nur juristischer Perfektionismus der Grund für unsere Abstinenz war, dann könnte man als Illustration dieses Punktes 1 sagen, der Bundesrat werde dem Parlament demnächst vorschlagen, dass die Schweiz dieser Konvention beitrifft.

- Unsere Grenzen
2. Nach dieser captatio benevolentiae sollten wir m.E. erklären, dass wir für die Durchsetzung dieser Prinzipien auf der Welt als neutrales Land Zurückhaltung üben müssen. Wir können nicht an vorderster Front internationaler Massnahmen gegen Australafrika sein, so sehr wir auch gegenüber



den Zielen der OAU Sympathie haben mögen. Unser neutraler Status grenzt unsere internationalen Aktionsmöglichkeiten in verschiedenen Gebieten ein, während er uns inbezug auf andere internationale Fragen zusätzliche Aktionsmöglichkeiten gewährt. Mit dieser Einschränkung unserer internationalen Aktionsmöglichkeiten findet sich unser Volk nicht immer gerne ab, indem z.B. im Zusammenhang mit Aktionen von russischer Seite/von der Regierung gefordert wurde, ^(Berlin und Wiederaufnahme der Atomversuche) Massnahmen zu treffen, die sie aus Gründen der Glaubwürdigkeit ihrer Neutralitätspolitik ablehnen musste. Die Neutralitätspolitik, die natürlich auch Vorteile bietet, bedingt auch Nachteile, z.B. wenn sie uns von einem vollem Mitbestimmungsrecht in der EWG ausschliesst. Es geht mit andern Worten darum, unsern Besuchern mit ein paar einleuchtenden Beispielen darzulegen, dass unsere Unfähigkeit zu direkten Massnahmen im Zusammenhang mit Australafrika nicht nur ein Vorwand ist, sondern etwas, mit der sich unsere Aussenpolitik seit Jahrzehnten abfinden muss.

Kein Durchkreuzen

3. Nachdem wir unsere Grenzen gezeigt haben, sollten wir ebenso nachdrücklich betonen, dass wir in keinem Fall die Massnahmen der andern und der Völkergemeinschaft im allgemeinen durchkreuzen wollen. Beispiel des "courant normal" mit Bezug auf Rhodesien und seine strikte Durchführung. Wenn nötig könnte man beifügen, dass im Falle eines allgemeinen Investitionsboykotts von Australafrika die Schweiz ebenfalls nicht davon profitieren könnte, indem sie ihre eigenen Investitionen in Südafrika erhöhen würde.

Sollte die Frage der Investitionsrisikogarantie aufgeworfen werden, so sollte man betonen, dass diese nur gewährt wird, wenn die Investoren dargelegt haben, wie sie die Entwicklung des betreffenden Landes/^{bzw. seiner eigenen Bevölkerung} fördern würden. Im übrigen sei Südafrika kein Entwicklungsland und die Garantie werde deshalb nicht gewährt für Investitionen in Südafrika.

4. Nachdem wir unsere Grenzen und unsere begrenzten Möglich-

keiten im Zusammenhang mit der OAU-Politik gegenüber Austral-

afrika unterrichten haben, sollten wir m.B. hervorheben, was die Hauptcharakteristika unserer Gesamtpolitik gegenüber

Afrika ~~ist~~ sind. Es wird unsere Besucher sicher beeindrucken,

wenn wir sagen, dass ein Land wie die Schweiz eine Afrika-

politik hat und dass es diese bewusst konzipiert. Das setzt

natürlich voraus, dass wir die zum Besuch der OAU-Delegation

ein paar Grundsätze einer solchen Afrikapolitik niederlegen,

die einerseits eine "Kodifizierung" der gegenwärtigen Prak-

tiken und andererseits ein paar neue Ideen enthalten sollten.

Unter diesen neuen Ideen wären die folgenden zu prüfen:

a) Wir sollten sagen, dass es ein besonderes Anliegen

unserer Politik gegenüber Afrika ist, die Kohäsion dieses

Kontinents, insoweit sie auf wirtschaftlichen Faktoren be-

ruhen kann, zu fördern. Deshalb sei die Schweiz im Rahmen

des 400 Millionen Kredite und auch des Kredite über die

technische Hilfe bereit, afrikanischen subregionalen

Gruppierungen besondere Hilfe zu leisten, denn sie wissen,

dass das Problem der Integration unter Entwicklungsländern

besonders schwierig ist. Wenn Sie es wünschen, wäre ich

bereit, ein paar Ideen niederzulegen, um zu zeigen, wie

man diese unsere Bereitschaft gegenüber der OAU-Delegation

etwas konkreter als bloss in allgemeinen Formeln darlegen

könnte. "Kohäsion in Afrika" ist ja ein ständiges Anliegen

der OAU und wir können sie damit wenigstens verbal inter-

essieren.

b) Es schiene mir besonders nützlich, wenn wir sagen könnten,

dass die Länder Australafrikas in besonderem Masse von

einem Stipendienprogramm profitieren könnten, das wir

auszuarbeiten beabsichtigen. Wir müssten, wie sehr solche

Länder nach ihrer Unabhängigkeit kader nötig hätten und

wir seien bereit, einer ansehnlichen Anzahl Studenten

Möglichkeiten in der Schweiz zu bieten, besonders wenn sie in ihren eigenen Ländern keine Ausbildungsmöglichkeiten unter befriedigenden Bedingungen haben. Ich glaube, dies lässt sich vollkommen rechtfertigen, wenn man weiss, dass wir uns keineswegs durch unsere Neutralität behindert fühlen, als es darum ging, ungarischen und tschechoslowakischen Flüchtlingen Studienmöglichkeiten in der Schweiz zu offerieren. Es sollte nicht weiter so sein, dass die Schweiz bei den Befreiungsbewegungen in dieser Beziehung ein^{en} wesentlich schlechteren Ruf genießt als z.B. die Skandinavier oder gewisse EWG-Länder.

- c) Es könnte vielleicht auch die Frage aufgeworfen werden, ob die OAU ein Büro in der Schweiz eröffnen könnte (wenn dies nicht schon geschehen ist), das die Bewilligung hätte, die sehr geschickte und penetrante südafrikanische Propaganda durch die Präsentation der Kehrseite der Medaille zu ergänzen. Ich glaube, auch dies könnte den Eindruck verwischen, dass die Schweiz ganz auf Seiten Südafrikas engagiert ist.

Im Übrigen möchte ich betonen, dass sich die Mission aus Leuten zusammensetzt, die nicht einfach die erstbesten sind. Daddah, der Präsident von Mauretanien ist als seriöser Mann bekannt und auch Bouteflika ist ein sehr wündiger Mann, der nicht ohne Einfluss ist. Kamerun und Kenya sind Länder, wo die Schweiz eine gewisse Position hat. Deshalb verdient es diese Mission, ernst genommen zu werden, und dass wenigstens ein Versuch unternommen wird, um sie zur Verbesserung des schweizerischen Profils "zu verwenden".

Mit Bezug auf die vorgeschlagene Begegnung mit Parlamentariern und Vertretern des Handels und der Industrie würde ich eine positive Haltung einnehmen, aber dafür sorgen, dass die Parlamentarier so ausgewählt werden, dass wohl alle Tendenzen einge-

- 5 -

geschlossen sind (Otto Fischer müsste dabei sein), dass aber allzu grobschlächtige Leute nicht eingeladen werden. Das Gespräch sollte nicht ein Hearing sein, sondern irgendwie in einem informellen Rahmen, z.B. vorgängig zu einer Cocktail-Party erfolgen. Man wird der Mission nicht versagen können, dass sie sich auch mit Journalisten unterhält, und zwar nicht nur mit denjenigen, die im Bundeshaus akkreditiert sind.

Faustin